

*Stöcklin*

## Innerdeutscher Handel: Kontinuität erforderlich

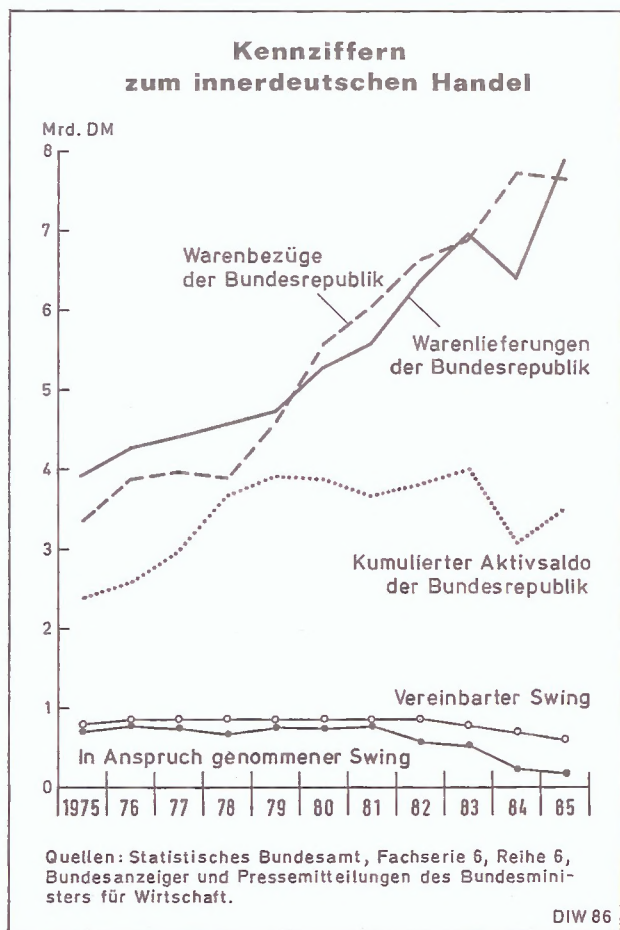
*Der innerdeutsche Handel ist 1985 beachtlich gestiegen, allerdings nur einseitig: bei den Lieferungen der Bundesrepublik. Dieses Ergebnis kann nicht isoliert betrachtet werden, es muß vielmehr im Zusammenhang mit der Entwicklung im Jahr 1984 gesehen werden. Damals gab es bei kräftig gestiegenen Bezügen und gesunkenen Lieferungen einen großen Überschuß für die DDR. Dem Gütertausch mit der DDR sind so extreme Entwicklungen wie in den beiden letzten Jahren nicht dienlich. 1986 wird es nicht leicht sein, das Vorjahresniveau zu halten. Dämpfende Wirkungen könnten sich bei den Bezügen aus der DDR vor allem wegen rückläufiger Preise für Mineralölprodukte ergeben. Ebenso können erhöhte Exportverpflichtungen der DDR gegenüber der Sowjetunion und der niedrige Dollarkurs den Spielraum für Verkäufe in die Bundesrepublik einengen. Auch die Lieferungen der Bundesrepublik werden von Preisrückgängen nicht verschont bleiben, sie dürften vor allem bei Erdöl und Futtermitteln zu Buche schlagen. Lieferbeschränkungen könnten sich auch aus der Tatsache ergeben, daß westliche Handelspartner sich als Exporteure von der DDR vernachlässigt fühlen und eine Steigerung der Käufe der DDR fordern. Sollen die Wachstumschancen des innerdeutschen Handels in Zukunft gesichert sein, so kommt es nicht zuletzt darauf an, der DDR die Verkaufsspielräume durch eine nicht engherzige Kontingentierungspolitik zu erhalten und Strukturverbesserungen bei Lieferungen und Bezügen gleichermaßen anzustreben. Ferner ist es unerlässlich, daß die DDR ihre Leistungsfähigkeit in ihren traditionellen Schwerpunktbereichen des innerdeutschen Handels erhöht und sich den Marktverhältnissen in der Bundesrepublik besser anpaßt. Auch sollten die in letzter Zeit hinzugekommenen vielfältigeren Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit künftig noch stärker ausgebaut werden.*

### Einseitige Entwicklung

Im innerdeutschen Warenverkehr hat es 1985 die erwartete Umsatzerhöhung gegeben: Die gegenseitigen Warenlieferungen stiegen — nach den Daten des Statistischen Bundesamtes — um 10 vH auf 15,5 Mrd. DM<sup>1</sup>. Die Entwicklung verlief allerdings extrem einseitig. Die Expansion war ausschließlich von der Zunahme der Lieferungen (um 23 vH) getragen, während die Bezüge stagnierten. Der Warenverkehr erbrachte einen leichten Überschuß für die Bundesrepublik. Erwartet worden war ein Saldo zugunsten der DDR, der — wenngleich keineswegs in der Größenordnung von 1984 — zum Ausgleich der negativen Dienstleistungsbilanz gegenüber der Bundesrepublik hätte beitragen sollen.

Dies Ergebnis kam 1985 offensichtlich aufgrund mehrerer Einflüsse zustande. Bei den Lieferungen in die DDR haben — witterungsbedingt — Verkäufe der Bundesrepublik von Steinkohle zu Jahresbeginn und Mehrverkäufe im Investitionsgüterbereich beigetragen. Hierdurch wurden im August und Dezember 1985 Monatsrekorde für die Lieferungen erzielt. Davor lagen die monatlichen Höchstlieferungen im März 1983 und im Dezember 1982, als die DDR beträchtliche Stahl-Sonderkäufe bzw. erhebliche Weihnachtseinkäufe vor allem bei hochwertigen Nahrungsgütern tätigte.

<sup>1</sup> Vgl. Zum innerdeutschen Handel: Ergebnisse und Perspektiven. Bearb.: Horst Lambrecht. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 10/1985, S. 129.



Bei den Bezügen aus der DDR war die Stagnation z.T. in der Aufnahmebereitschaft des Marktes begründet; eine Rolle gespielt haben aber auch die Grenzen der Lieferfähigkeit; in Einzelfällen (z.B. bei Heizöl) gab es auch Preisrückgänge. Die angebotsbedingten Begrenzungen hingen auch mit den insgesamt stark gestiegenen Westhandelsexporten der DDR zu Beginn der achtziger Jahre zusammen. Sicher ist es für die DDR sehr schwer, dieses Niveau zu halten, geschweige denn ihre Exporte in die westlichen Länder noch zu steigern.

Der Finanzierungsbereich zeigt für 1985 wenige Abweichungen im Vergleich zum Vorjahr:

- Der — zinsfreie — Swing wurde 1985 prozentual noch weniger ausgeschöpft als im Jahr zuvor (vgl. Tabelle). Statt der möglichen 600 Mill. DM wurden nur 170 Mill. DM genutzt. Dies geschah, obwohl die 1985 getroffene Swing-Regelung eine vorher gerechtfertigte verhandlungstaktische Rücksichtnahme nicht mehr erforderte<sup>2</sup>.
- Der relative Schuldenstand, d.h. das Verhältnis von kumuliertem Aktivsaldo der Bundesrepublik zu den Warenbezügen aus der DDR, war 1985 mit weniger als 50 vH niedriger als zu Beginn der siebziger Jahre und hat im Vergleich zum sonstigen Westhandel der

DDR trotz der dortigen Konsolidierung ein ungleich niedrigeres Niveau.

- Die DDR hat Barzahlungen in D-Mark über das Sonderkonto S auch 1985 nur geringfügig (50 Mill. DM) geleistet. Der in letzter Zeit gegenüber der Bundesrepublik betriebenen Handelspolitik, die wirtschaftliche Unabhängigkeit, Bonität und Liquidität demonstrieren sollte, hätte es entsprochen, dieses Konto stärker zu bedienen. Immerhin betragen die Zahlungen in den Jahren 1973 bis 1977 zusammen 1,29 Mrd. DM, d.h. jährlich im Durchschnitt mehr als 250 Mill. DM. Das war zu einer Zeit, als die DM-Zahlungen der Bundesrepublik — u.a. aus den Investitionen im Berlin-Verkehr — noch nicht so reichlich flossen wie später<sup>3</sup>.
- Die gesunkene wirtschaftliche Bedeutung des Swings läßt sich nicht nur an seiner absoluten Entwicklung ablesen, sondern auch an dem Grad, in welchem Maße er zur Finanzierung des kumulierten Saldos beiträgt oder in welchem Verhältnis er zu den Leistungen der DDR steht (Swing-Finanzierungsanteil bzw. Swing-Bezüge-Relation). Beide Kennziffern zeigen, daß der Swing derzeit ökonomisch kein bedeutendes Gewicht mehr hat (vgl. Tabelle).

#### Warenstruktur

Bei den Lieferungen in die DDR erstreckte sich die Expansion im Jahre 1985 auf eine Reihe von Warengruppen. Bei den Erzeugnissen der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien waren es neben den Bergbauerzeugnissen vor allem Eisen und Stahl sowie Produkte der Chemie. Dieser Produktionsbereich dominiert mit fast 60 vH nach wie vor stark. Überproportional zugenommen haben 1985 die Erzeugnisse der Investitionsgüterindustrien. Hieran war der Verkauf eines Passagierschiffes für 168 Mill. D-Mark im August genauso beteiligt wie vermehrte Verkäufe von Metallbearbeitungsmaschinen, elektrotechnischen Erzeugnissen und Schienenfahrzeugen (Güterwagen). Trotzdem sind die Erzeugnisse der Investitionsgüterindustrien mit einem Anteil von weniger als einem Fünftel an den Gesamtlieferungen nach wie vor unangemessen niedrig vertreten. Bei den Konsumgütern hat

<sup>2</sup> Im August 1985 wurde eine Swing-Vereinbarung mit der DDR getroffen, nach der von 1986 bis 1990 ein Überziehungslimit von 850 Mill. VE (DM) gilt. Sie löst die von 1983 bis 1985 geltende Regelung ab, die eine schrittweise Reduzierung des Swings auf 600 Mill. DM zum Inhalt hatte. Die von 1976 bis 1982 gültige Swingvereinbarung hatte bereits ein Überziehungslimit von 850 Mill. DM vorgesehen. Davor hatte der sogenannte dynamische Swing gegolten, der den Überziehungskredit an die Höhe der jeweiligen Lieferungen der Gegenseite band.

<sup>3</sup> Die DM-Zahlungen der Bundesrepublik aus dem Bundeshaushalt und anderen öffentlichen Haushalten hat im Durchschnitt der Jahre 1971/75 rund 350 Mill. DM p.a. betragen. Seit 1979 ist die Grenze von 1 Mrd. DM überschritten und danach annähernd gehalten worden.

Kennziffern zum innerdeutschen Handel

	Einheit	1970	1975	1980	1981	1982	1983	1984	1985
<b>Warenverkehr<sup>1</sup></b>									
Bezüge <sup>2</sup>	Mrd.DM	2,00	3,34	5,58	6,05	6,64	6,88	7,74	7,64
Lieferungen <sup>2</sup>	Mrd.DM	2,42	3,92	5,29	5,58	6,38	6,95	6,41	7,90
Umsatz	Mrd.DM	4,41	7,26	10,87	11,63	13,02	13,83	14,15	15,54
Saldo	Mrd.DM	0,42	0,58	-0,29	-0,48	-0,26	0,07	-1,34	0,27
<b>Dienstleistungen<sup>3</sup></b>									
Bezüge <sup>2</sup>	Mill.DM	148	169	438	486	536	867	752	822
Lieferungen <sup>2</sup>	Mill.DM	266	526	932	1 038	1 138	1 209	1 300	1 272
Umsatz	Mill.DM	414	695	1 370	1 524	1 674	2 076	2 052	2 094
Saldo	Mill.DM	118	357	494	552	602	342	548	450
Kumulierter Aktivsaldo <sup>4, 5</sup>	Mrd.DM	1,35	2,39	3,87	3,65	3,80	4,10	3,10	3,50
Vereinbarter Swing <sup>6</sup>	Mill.DM	420	790	850	850	850	770	690	600
In Anspruch genommener Swing <sup>7</sup>	Mill.DM	387	711	745	676	582	543	210	170
Zahlungen der DDR über das Sonderkonto „S“	Mill.DM	46	161	12	19	66	73	70	50
Relativer Schuldenstand <sup>8</sup>	vH	68	72	69	60	57	60	40	46
Ausnutzungsgrad des Swing <sup>9</sup>	vH	92	90	88	80	68	71	30	28
Swingfinanzierungsanteil <sup>10</sup>	vH	29	30	19	19	15	13	7	5
Swing-Bezüge-Relation <sup>11</sup>	vH	19	21	13	11	9	8	3	2

1) Nach den Daten des Statistischen Bundesamtes. Sie weichen aus methodischen Gründen von den — im Bundesanzeiger veröffentlichten — Angaben der Bundesregierung ab. — 2) Der Bundesrepublik Deutschland, einschließlich Berlin (West). — 3) Konto III des Berliner Abkommens: Bezüge = Passive Dienstleistungen = Ausgaben der Bundesrepublik, einschließlich der mit der DDR vereinbarten Postpauschale (1983 bis 1990: 200 Mill. DM jährlich); Lieferungen = aktive Dienstleistungen = Einnahmen der Bundesrepublik. — 4) Aktivsaldo der Bundesrepublik, Finanzierungssaldo aus dem Warenverkehr nach den Daten der Bundesregierung, den Dienstleistungen und dem Barzahlungskonto (Sonderkonto „S“) per 31. Dezember. — 5) Für 1985: vorläufig. — 6) Für 1970 Jahresdurchschnitt: Bis 9. Mai: 380 Mill. DM, ab 10. Mai: 440 Mill. DM. — 7) Von der DDR im Jahresdurchschnitt tatsächlich in Anspruch genommener Swing. — 8) Verhältnis von kumuliertem Aktivsaldo zu den Warenbezügen aus der DDR. — 9) In Anspruch genommener Swing in vH des vereinbarten. — 10) Verhältnis von in Anspruch genommenem Swing zum kumulierten Aktivsaldo. — 11) Verhältnis von in Anspruch genommenem Swing zu den Warenbezügen aus der DDR. —

Quellen: Statistisches Bundesamt: Warenverkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost), Fachserie 6, Reihe 6; (Jahreshefte und Dezember 1985), Bundesanzeiger; Angaben des Bundesministeriums für Wirtschaft; Berechnungen des DIW.

es bei Schuhen sowie bei Textil- und Bekleidungserzeugnissen Mehrlieferungen in die DDR gegeben. Die Erzeugnisse der Verbrauchsgüterindustrien sind insgesamt mit weniger als einem Zehntel an den Lieferungen beteiligt. Nur etwas höher ist der Anteil der Landwirtschaft und des Ernährungsgewerbes. Neben den hier dominierenden Futtermitteln haben die Einkäufe der DDR vornehmlich für den „Delikat“bereich (Kaffee, Kakao- und Schokoladenerzeugnisse, Käse etc.) zugenommen. Bei diesen Erzeugnissen hat es seit 1980 eine Steigerung um fast 80 vH gegeben, sie machen inzwischen fast ein Viertel der Lieferungen des Bereiches Landwirtschaft/Ernährung aus.

Bei den *Bezügen aus der DDR* blieb die Warenstruktur fast unverändert. Rückgängen bei einzelnen Gütern (Mineralölprodukte, Erzeugnisse der Chemie und der Möbelindustrie) standen Mehrbezüge bei anderen Produkten (vor allem Maschinen und Textilien) gegenüber. Die Dominanz des Grundstoff- und Produktionsgüterbereichs blieb

mit 55 vH bestehen, nach wie vor entfallen allein 20 vH aller Warenbezüge aus der DDR auf Mineralölzeugnisse. Hier gab es 1985 unterschiedliche Preis- und Mengenbewegungen. Bei Benzin und Diesel stiegen die Preise noch, bei Heizöl gingen sie zurück. Bei Heizöl und Diesel verringerten sich die Bezugsmengen, bei Benzin blieben sie konstant. Die Erzeugnisse der Investitionsgüterindustrien sowie der Landwirtschaft und des Ernährungsgewerbes spielen — mit jeweils einem Zehntel der gesamten Bezüge — eine vergleichsweise geringe Rolle. In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre hatte die Landwirtschaft immerhin noch einen Anteil von einem Viertel.

Eine nach wie vor wichtige Position bilden die Erzeugnisse der Verbrauchsgüterindustrien. Diese nach der Zugehörigkeit zu Industriezweigen aufgebaute Systematik, in der der innerdeutsche Handel vom Statistischen Bundesamt ausgewiesen wird, sagt allerdings nichts über den Verwendungszweck der Güter aus. Will man einen Überblick über den Umfang und die Struktur der dem Konsum

Lieferungen der Bundesrepublik Deutschland<sup>1</sup> im innerdeutschen Handel nach Warengruppen

Erzeugnisgruppen bzw. Erzeugnisse	1984	1985	Veränderungen gegen-		Struktur	
			über dem Vorjahr		1984	1985
	in Mill. DM			in vH		
Erzeugnisse der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien <sup>2</sup>	3 828	4 604	776	20,3	59,8	58,3
<i>darunter:</i>						
Bergbauliche Erzeugnisse	717	1 122	404	56,4	11,2	14,2
Steinkohle und Koks	28	384	356	1 252,9	0,4	4,9
Erdöl, roh	660	706	46	6,9	10,3	8,9
Eisen und Stahl <sup>3</sup>	817	935	118	14,4	12,8	11,8
Erzeugnisse der Hochofenwerke	606	625	19	3,2	9,5	7,9
NE-Metalle <sup>4</sup>	694	736	43	6,1	10,8	9,3
Silber	341	302	- 39	- 11,5	5,3	3,8
Chemische Erzeugnisse <sup>5</sup>	1 436	1 547	112	7,8	22,4	19,6
Anorganische Grundstoffe etc.	205	243	38	18,3	3,2	3,1
Organische Grundstoffe und Chemikalien	587	624	37	6,3	9,2	7,9
Kunststoffe und Kunststoffserzeugnisse <sup>6</sup>	224	278	55	24,6	3,5	3,5
Erzeugnisse der Investitionsgüterindustrien	1 027	1 476	450	43,8	16,0	18,7
<i>darunter:</i>						
Schienenfahrzeuge	55	153	95	273,7	0,9	1,9
Maschinenbauerzeugnisse	635	697	62	9,7	9,9	8,8
Metallbearbeitende und Prüfmaschinen	117	229	112	95,3	1,8	2,9
Papier-, Textil- und Nähmaschinen	148	178	30	20,6	2,3	2,3
Wasserfahrzeuge	0	168	168	.	0,0	2,1
Elektrotechnische Erzeugnisse	142	237	96	67,5	2,2	3,0
Erzeugnisse der Verbrauchsgüterindustrien	480	692	213	44,4	7,5	8,8
<i>darunter:</i>						
Textilien	247	301	54	21,8	3,9	3,8
Leder, Lederwaren und Schuhe	101	178	77	76,1	1,6	2,3
Erzeugnisse der Landwirtschaft <sup>7</sup> und der Nahrungs- und Genußmittelindustrien	989	1 047	58	5,8	15,5	13,3
<i>darunter:</i>						
Rohe Öle	168	199	31	18,4	2,6	2,5
Ölkuchen und Schrote	456	407	- 49	- 10,8	7,1	5,1
Kaffee	59	79	20	34,7	0,9	1,0
Alle Erzeugnisse <sup>8</sup>	6 403	7 903	1 500	23,4	100,0	100,0

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

1) Einschließlich Berlin (West). — 2) Einschließlich Bergbauerzeugnisse. — 3) Einschließlich Gießereierzeugnisse sowie Erzeugnisse der Ziehereien, Kaltwalzwerke und der Stahlverformung. — 4) Einschließlich deren Halbzeug. — 5) Einschließlich Kunststoffserzeugnisse und Gummiwaren. — 6) Einschließlich synthetischen Kautschuks. — 7) Einschließlich Jagd-, Forstwirtschaft und Fischerei. — 8) Einschließlich nicht zugeordneter Waren.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Warenverkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost), Fachserie 6, Reihe 6 (Jahresheft 1984 und Monatsheft Dezember 1985).

Bezüge der Bundesrepublik Deutschland<sup>1</sup> im innerdeutschen Handel nach Warengruppen

Erzeugnisgruppen bzw. Erzeugnisse	1984 in Mill. DM	1985	Veränderung gegen-		Struktur	
			über dem	Vorjahr	1984	1985
					in vH	
Erzeugnisse der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien <sup>2</sup>	4 304	4 225	-79	- 1,8	55,7	55,3
<i>darunter:</i>						
Motorenbenzin	273	284	10	3,7	3,5	3,7
Dieselkraftstoff und Heizöl	1 309	1 267	-42	- 3,2	17,0	16,6
Eisen und Stahl <sup>3</sup>	495	568	73	14,7	6,4	7,4
NE-Metalle <sup>4</sup>	424	407	-16	- 3,9	5,5	5,3
Chemische Erzeugnisse <sup>5</sup>	1 053	1 007	-46	- 4,4	13,6	13,2
Anorganische Grundstoffe etc.	133	110	-23	-17,1	1,7	1,4
Organische Grundstoffe und Chemikalien	244	247	4	1,6	3,2	3,2
Kunststoffe und Kunststoffserzeugnisse <sup>6</sup>	344	318	-27	- 7,7	4,5	4,2
Erzeugnisse der Investitionsgüterindustrien	840	847	7	0,8	10,9	11,1
<i>darunter:</i>						
Maschinenbauerzeugnisse	191	220	30	15,6	2,5	2,9
Elektrotechnische Erzeugnisse	337	323	-14	- 4,1	4,4	4,2
Eisen-, Blech- und Metallwaren	150	147	- 3	- 1,9	1,9	1,9
Erzeugnisse der Verbrauchsgüterindustrien	1 812	1 806	- 7	- 0,4	23,4	23,7
<i>darunter:</i>						
Glas und Glaswaren	110	108	- 2	- 1,5	1,4	1,4
Holzwaren	364	339	-24	- 6,6	4,7	4,5
Möbel	291	258	-33	-11,5	3,8	3,4
Textilien	519	551	33	6,3	6,7	7,2
Heim- und Haustextilien	148	160	12	7,8	1,9	2,1
Wirk- und Strickwaren	229	244	14	6,2	3,0	3,2
Bekleidung	506	496	- 9	- 1,8	6,5	6,5
Oberbekleidung <sup>7</sup>	309	289	-20	- 6,3	4,0	3,8
Erzeugnisse der Landwirtschaft <sup>8</sup> und der Nahrungs- und Genußmittelindustrien	742	727	-15	- 2,0	9,6	9,5
<i>darunter:</i>						
Getreide	179	162	-17	- 9,7	2,3	2,1
Schlachtvieh <sup>9</sup>	251	259	8	3,2	3,3	3,4
Zucker und Süßwaren <sup>10</sup>	106	114	8	7,8	1,4	1,5
Alle Erzeugnisse <sup>11</sup>	7 732	7 636	-97	- 1,3	100,0	100,0

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>1)</sup> Einschließlich Berlin (West). — <sup>2)</sup> Einschließlich Bergbauerzeugnisse. — <sup>3)</sup> Einschließlich Gießereierzeugnisse sowie Erzeugnisse der Ziehereien, Kaltwalzwerke und der Stahlverformung. — <sup>4)</sup> Einschließlich deren Halbzeug. — <sup>5)</sup> Einschließlich Kunststoffserzeugnisse und Gummiwaren. — <sup>6)</sup> Einschließlich synthetischen Kautschuks. — <sup>7)</sup> Einschließlich veredelter Rauchware und Pelzwaren. — <sup>8)</sup> Einschließlich Jagd-, Forstwirtschaft und Fischerei. — <sup>9)</sup> Einschließlich frischen Schweinefleischs. — <sup>10)</sup> Einschließlich verarbeitetem Obst. — <sup>11)</sup> Einschließlich nicht zugeordneter Waren.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Warenverkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost), Fachserie 6, Reihe 6 (Jahresheft 1984 und Monatsheft Dezember 1985).

Bezüge von Konsumgütern<sup>1</sup> der Bundesrepublik im innerdeutschen Handel

Meldenummer/Warengruppe <sup>2</sup>	1980	1981	1982	1983	1984	1980	1984
	in Mill. DM					in vH	
Konsumgüter insgesamt	1 096	1 144	1 382	1 488	1 682	100,0	100,0
<i>darunter:</i>							
64 Bekleidung	336	304	404	440	506	30,7	30,1
641 Oberbekleidung	203	197	261	285	309	18,5	18,4
63 Textilien	229	238	293	307	346	20,9	20,6
639 Wirk- und Strickwaren	186	185	218	215	229	17,0	13,6
638 Heim- und Haustextilien	27	36	48	63	79	2,5	4,7
54 Holzwaren	217	248	279	290	329	19,8	19,6
542 Möbel u.a.	184	214	237	245	280	16,8	16,7
36 Elektrotechnische Erzeugnisse	71	81	106	125	149	6,5	8,9
363 Elektrische Geräte für Gewerbe und Haushalt	34	41	60	71	71	3,1	4,2
366 Rundfunk-, Fernseh-, Phontechnische Geräte und Einrichtungen	21	22	26	32	46	1,9	2,7
364 Elektrische Leuchten und Lampen	16	17	19	22	32	1,5	1,9
39 Musikinstrumente, Spiel- und Sportwaren	53	59	69	74	81	4,8	4,8
393 Spielwaren, Christbaumschmuck	24	28	34	39	48	2,2	2,9
51 Feinkeramische Erzeugnisse	52	55	59	59	60	4,7	3,6
62 Lederwaren und Schuhe	38	44	50	54	60	3,5	3,6
38 Eisen-, Blech-, Metallwaren	29	28	31	34	41	2,7	2,4
37 Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	18	24	26	26	20	1,6	1,2
57 Druckereierzeugnisse	20	21	24	27	25	1,8	1,5

1) Nach der vom Statistischen Büro der UN veröffentlichten „Classification by Broad Economic Categories“ (BEC), die die Daten des Internationalen Warenverzeichnisses für den Außenhandel (SITC II) nach dem Verwendungszweck der Güter kategorisiert.  
 — 2) Nach dem Systematischen Güterverzeichnis für die Produktionsstatistik der Bundesrepublik, Ausgabe 1982. Herausgeber: Statistisches Bundesamt.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Fachserie 6, Reihe 6; Berechnungen des DIW.

dienenden Produkte gewinnen, ist eine Umschlüsselung der Warensystematik erforderlich: Eine Reihe von Erzeugnissen der Investitionsgüterindustrien muß aufgenommen (z.B. elektrische Haushaltsgeräte), einige Produkte der Verbrauchsgüterindustrie müssen ausgegliedert werden (z.B. Garne und Stoffe)<sup>4</sup>. Das Ergebnis dieser Umschlüsselung ist in der obigen Tabelle dargestellt. Wie ersichtlich, gibt es deutliche Schwerpunkte: Allein auf Erzeugnisse der Oberbekleidung entfällt ein Fünftel aller Konsumgüterbezüge aus der DDR; rechnet man Wirk- und Strickwaren sowie Möbel hinzu, ergibt das bereits 50 vH, unter Einschluß von elektrotechnischen Konsumgütern sind es gar 60 vH.

**Preisberuhigung**

Die nach dem ersten Ölpreisschock zu verzeichnenden Erhöhungen der Weltmarktpreise für Rohstoffe hatten ihren Niederschlag auch im innerdeutschen Warenverkehr

gefunden. Um die Preiseinflüsse bereinigt<sup>5</sup> haben die realen Umsätze in den siebziger Jahren um 2 vH p.a. zugenommen, in den achtziger Jahren um knapp 5 vH p.a. Der Anstieg war insgesamt geringer als die preisbereinigte Steigerung des Außenhandelsumsatzes der DDR und der Bundesrepublik. Damit hat die ohnehin geringe Handels-

<sup>4</sup> Zur ausführlichen Darlegung der Methode der statistischen Berechnung, nach der die Ergebnisse erstmals in der vorliegenden Form präsentiert werden konnten, vgl. Doris Cornelsen u.a.: Konsumgüterversorgung in der DDR und Wechselwirkungen zum innerdeutschen Handel. Beiträge zur Strukturfor-schung, Heft 87, 1985, S. 265 ff.

<sup>5</sup> Eine offizielle Preisstatistik für den innerdeutschen Güter-austausch gibt es nicht. Vorstellungen über die Preisentwicklung vermitteln bislang lediglich die Berechnungen des DIW. Ein großer Teil der Preise läßt sich unmittelbar aus Mengen- und Wertangaben aus der Statistik ermitteln. Für die übrigen wurden sowohl die Preisstatistik der Ausfuhr und Einfuhr der Bundesrepublik als auch die der industriellen Erzeugerpreise herangezogen. In beiden Rechnungen wurde jeweils mit der Warenstruktur des innerdeutschen Handels gewichtet.

**Preisentwicklung im innerdeutschen Handel**

	1981	1982	1983	1984	1985
<b>1) Preisentwicklung für den Gesamthandel und Terms of Trade</b>					
<b>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH</b>					
Lieferungen <sup>1</sup>	8,1	1,9	1,1	4,4	-2,0
Bezüge <sup>1</sup>	10,0	-0,5	-2,3	4,9	1,5
Terms of Trade <sup>1, 2</sup>	-1,7	2,5	3,5	-0,5	-3,5
<b>Index (1970 = 100)</b>					
Lieferungen <sup>1</sup>	180	184	186	194	190
Bezüge <sup>1</sup>	256	255	249	261	265
Terms of Trade <sup>1, 2</sup>	71	72	75	74	72
<b>2) Preisentwicklung nach Warengruppen</b>					
<b>Index der Lieferungen<sup>1</sup> (1970 = 100)</b>					
<b>Erzeugnisse der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien</b>					
	183	185	186	191	188
<b>Investitionsgüterindustrien</b>					
	188	199	204	200	207
<b>Verbrauchsgüterindustrien</b>					
	150	155	150	157	155
<b>Landwirtschaft und der Ernährungsgüterindustrien</b>					
	176	169	174	203	181
<b>Index der Bezüge<sup>1</sup> (1970 = 100)</b>					
<b>Erzeugnisse der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien</b>					
	372	364	350	373	382
<b>Investitionsgüterindustrien</b>					
	145	150	154	155	158
<b>Verbrauchsgüterindustrien</b>					
	173	175	172	178	182
<b>Landwirtschaft und der Ernährungsgüterindustrien</b>					
	151	152	151	157	147

<sup>1</sup>) Der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West). —  
<sup>2</sup>) Preise der Lieferungen in die DDR; Preise der Bezüge aus der DDR×100.

*Quellen:* Berechnungen des DIW nach Angaben in: Statistisches Bundesamt, Warenverkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost), Fachserie 6, Reihe 6 (Jahreshefte und Monatshefte 1985); Preise und Preisindizes für die Ein- und Ausfuhr, Fachserie 17, Reihe 8; Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte (Erzeugerpreise), Fachserie 17, Reihe 2.

verflechtung der zwei deutschen Volkswirtschaften weiter abgenommen<sup>6</sup>.

Besonders groß waren die Preiseinflüsse 1973 und 1974 sowie 1979 bis 1981<sup>7</sup>. 1985 gab es insgesamt keine Preissteigerungen. Bei unterschiedlichen Preisbewegungen bei einzelnen Erzeugnissen und Erzeugnisgruppen wiesen die Lieferungen per Saldo eine leichte Preissenkung auf, bei den Bezügen kam es für alle Warengruppen zusammen zu einer geringfügigen Preiserhöhung. Die

Terms of Trade sind im innerdeutschen Warenverkehr in den achtziger Jahren insgesamt unverändert geblieben; in den siebziger Jahren hatten sie sich wesentlich zugunsten der DDR verändert.

**Kontinuität des Handels sichern**

Die extremen Entwicklungen in den beiden abgelaufenen Jahren waren nicht unproblematisch. Der hohe Überschuß der DDR und die kräftig gestiegenen Bezüge der Bundesrepublik im Jahre 1984 gaben ein falsches Bild von der Leistungsfähigkeit der DDR und der Expansionsmöglichkeit des Handels zwischen beiden deutschen Staaten. Sie lösten zudem Spekulationen darüber aus, ob bestimmte Rahmenbedingungen dieses Güter austausches noch nötig sind. Die so stark gestiegenen Lieferungen im Jahre 1985 konnten bei den konkurrierenden westlichen Partnerländern Mißtrauen gegenüber den deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen erzeugen, weil diese ihre eigenen Exportchancen beeinträchtigt sahen. Größere Kontinuität hätte derartige Spekulationen nicht aufkommen lassen.

Dies gilt umso mehr, als nach den zwei Jahren einer extremen Entwicklung die weiteren Aussichten dieses Handels aus mehreren Gründen unsicher sind. Bei den Bezügen aus der DDR könnten sich kontraktive Wirkungen aus rückläufigen Preisen für Mineralölprodukte und aus der Dollar-Kursentwicklung ergeben. Außerdem hat die DDR höhere Exportverpflichtungen gegenüber der Sowjetunion, um die bisher aufgelaufenen Defizite abzubauen. Ein Rückgang der Preise für Erdöl erzeugnisse im innerdeutschen Handel um 25 vH würde eine Minderung der gesamten Bezüge um 5 vH (400 Mill. DM)<sup>8</sup> bedeuten. Aufwertung und Abwertung des Dollars berühren die Lieferchancen der DDR vor allem bei industriellen Konsumgütern. 1984, als Händler aus der Bundesrepublik anstatt in asiatischen Ländern häufig in der DDR orderten, hat sie vom starken Dollar profitiert. Der Rückgang des Dollarkurses geht zu ihren Lasten.

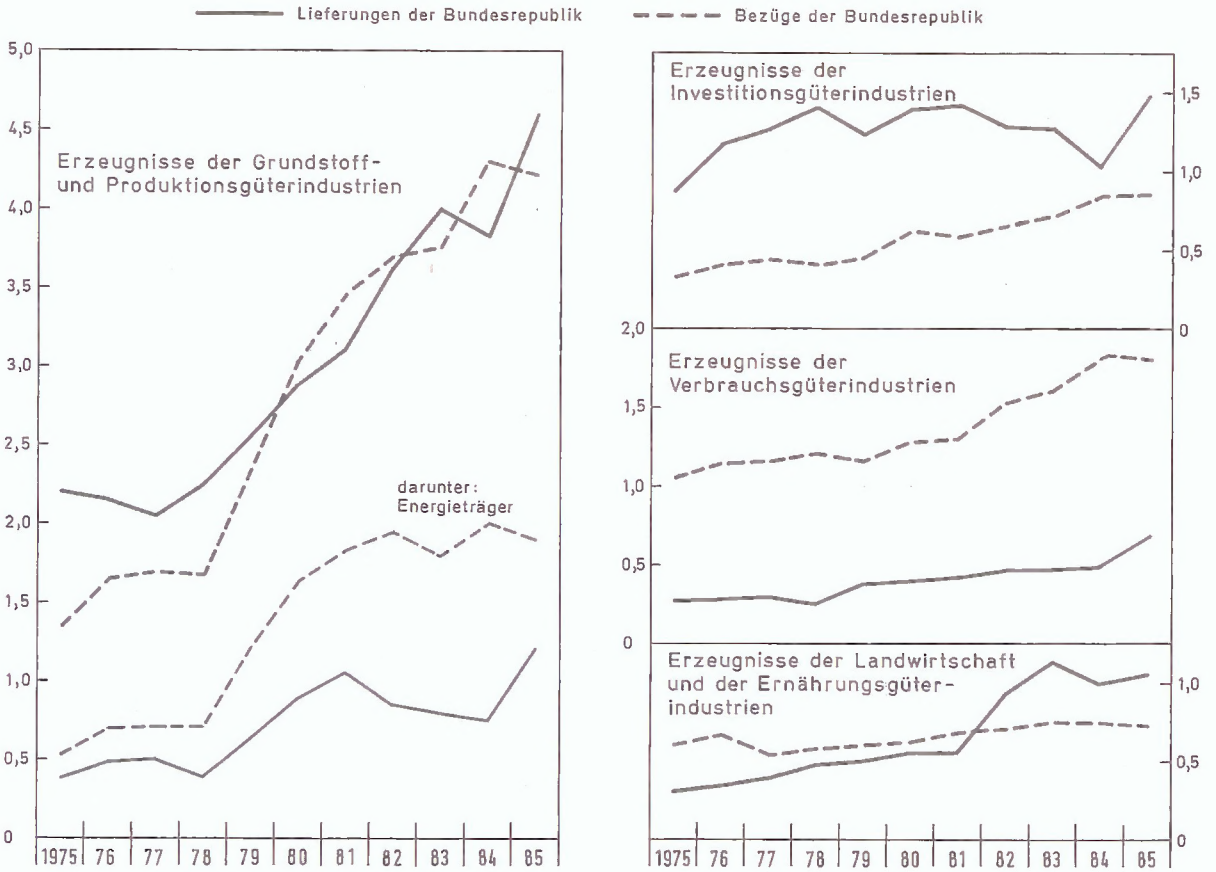
Mineralöl erzeugnissen und Konsumgütern kommt im innerdeutschen Handel zentrale Bedeutung zu. Auf sie entfällt zusammen fast die Hälfte aller Bezüge. Dies sind

<sup>6</sup> Dies geht auch aus einer rein nominalen Betrachtung hervor: 1970 betrug der Anteil des Handels mit der Bundesrepublik (einschließlich West-Berlins) am Außenhandel der DDR 10,2 vH, 1984 nur noch 8,0 vH. Gemessen am Außenhandelsumsatz der Bundesrepublik machte der innerdeutsche Handel 1970 noch 1,8 vH, 1984 dagegen nur noch 1,5 vH aus.

<sup>7</sup> Vgl. Westverschuldung der DDR begünstigt innerdeutschen Handel. In: Wochenbericht des DIW. 10/1983, S. 133.

<sup>8</sup> Zu berücksichtigen ist allerdings, daß außer den Minderlösungen die DDR auch geringere Aufwendungen für ihre Rohölkäufe in der Bundesrepublik hat. Nach dem Preisstand von Ende Februar 1986 (Erdöl: ./ 35 vH, Mineralöl erzeugnisse: ./ 25 vH) ergäbe das für die DDR — die Mengen von 1985 zugrunde gelegt — Einnahmeausfälle von 150 Mill. DM.

### Der innerdeutsche Warenverkehr nach Erzeugnishauptgruppen in Mrd. DM



Quelle: DIW nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

DIW 86

vor allem auch jene Bereiche, in denen die DDR ihre Überschüsse erwirtschaftet (vgl. Schaubild). Die Bundesrepublik ist bei industriellen Konsumgütern nach der Sowjetunion, die einen Anteil an den DDR-Exporten von 40 vH hat, für die DDR der zweitwichtigste Markt (Exportanteil: 20 vH); sie ist darüber hinaus in diesem Bereich der mit weitem Abstand wichtigste Partner im Westhandel. Sie nimmt über 60 vH aller in die westlichen Länder verkauften Konsumgüter auf. Bei einzelnen Warengruppen (Textilien, Bekleidung, Möbel) ist dieser Anteil noch höher.

Aus der Sicht der Bundesrepublik stellt sich dies allerdings anders dar: 1984 entfielen z.B. nur 3,6 vH des Gesamtimports von Bekleidungserzeugnissen auf die DDR. Dieser Anteil ist trotz des Sonderstatus (Zollbefreiung, Mehrwertsteuerbegünstigung), der der DDR gegenüber Drittländern Wettbewerbsvorteile bringt, langfristig stark gesunken. Die DDR hat gegenüber außereuropäischen — aber auch europäischen — Niedrigpreisländern deutliche Positionsverluste auf dem westdeutschen Markt hinnehmen müssen. So waren die Importanteile der DDR und

Jugoslawiens bei diesen Erzeugnissen 1970 etwa gleich, 1984 hatte Jugoslawien eine doppelt so hohe Quote wie die DDR. Aus den asiatischen Entwicklungsländern importierte die Bundesrepublik 1970 etwa doppelt so viel an Bekleidungserzeugnissen wie aus der DDR, 1984 war es das Neunfache. Allein aus Südkorea kommen inzwischen mehr als doppelt so viel Bekleidungserzeugnisse in die Bundesrepublik wie aus der DDR, aus Hongkong sind es fast dreimal so viel. Die VR China erreicht inzwischen fast das Niveau der DDR.

#### Verkaufsspielräume der DDR erhalten

Die DDR führt derartige Entwicklungen auf die handelshemmende Kontingentierungspolitik der Bundesregierung zurück<sup>9</sup>. In der Bundesrepublik gibt es dagegen

<sup>9</sup> Die DDR hat in der Vergangenheit auch auf hoher Ebene, z.B. durch das für Wirtschaftsfragen zuständige Politbüro-Mitglied Günter Mittag des öfteren auf dieses Problem hingewiesen. Allgemeine Beachtung fand die Kontingentierungsfrage



Einfuhr der Bundesrepublik von Bekleidungszeugnissen<sup>1)</sup>

Land/ Ländergruppe	Importe in Mill DM		Anteile in vH	
	1970	1984	1970	1984
Insgesamt <sup>2</sup>	2 414	13 918	100,0	100,0
EG-Länder (9)	1 261	4 188	52,2	30,1
<i>darunter:</i>				
Italien	377	1 835	15,6	13,2
Griechenland	91	922	3,8	6,6
Frankreich	272	515	11,3	3,7
Belgien-Luxemburg	236	323	9,8	2,3
Niederlande	213	291	8,8	2,1
Anderer OECD-Länder	329	2 077	13,6	14,9
<i>darunter:</i> Türkei				
	2	709	0,1	5,1
Sozialistische Länder <sup>3</sup>	138	1 085	5,7	7,8
Jugoslawien	167	1 092	6,9	7,8
DDR (innerdeutscher Handel)	152	506	6,3	3,6
Asiatische Entwicklungsländer	343	4 388	14,2	31,5
<i>darunter:</i>				
Hongkong	249	1 587	10,3	11,4
Süd-Korea	10	979	0,4	7,0
VR China	8	453	0,3	3,3
Taiwan	17	356	0,7	2,6
Afrikanische und südamerikanische Entwicklungsländer	24	582	1,0	4,2

<sup>1)</sup> Warengruppe 64 des Systematischen Güterverzeichnisses für die Produktionsstatistik der Bundesrepublik Deutschland. — <sup>2)</sup> Einfuhr der Bundesrepublik Deutschland zuzüglich des innerdeutschen Handels. — <sup>3)</sup> Ohne Jugoslawien und die DDR (innerdeutscher Handel).  
*Quellen:* Statistisches Bundesamt, Fachserie 7, Reihe 7, und Fachserie 6, Reihe 6.

das Argument, daß die Kapazitäten der DDR gar keine höheren Bezüge zulassen. In welchem Ausmaß Bezugsbeschränkungen oder Kapazitätsgrenzen stärkeren Konsumgüterbezügen aus der DDR entgegenstehen, könnte letztlich nur geklärt werden, wenn die Kontingente abgeschafft würden. Angesichts der Argumentation in der Bundesrepublik ergibt sich allerdings überhaupt die Frage nach dem Sinn der Kontingente.

Im gewerblichen Sektor wurden in den letzten Jahren mit der Einführung von sogenannten Orientierungsgrößen zusätzliche Schranken errichtet. Dies sind — auf Werten oder Mengen basierende — Leitrichtzahlen der Bundesregierung für Bezüge aus der DDR, von denen inzwischen ein nicht unbeachtliches Handelsvolumen betroffen ist. Es ist der Versuch, die Bezüge zu begrenzen, ohne Kontingente zu verhängen; Orientierungsdaten haben insofern einen kontingentsähnlichen Charakter. Sie waren als flankierende Maßnahmen gedacht, mit deren Hilfe Strukturproblemen in der Bundesrepublik begegnet werden sollte. Es sollte allerdings vermieden werden, daß die umfangreiche Reglementierung dieses Handels<sup>10</sup> dadurch auf Dauer noch verstärkt wird.

Sicher kann es für ein Land wie die DDR nicht das Ziel sein, ihr Heil im Westhandel in erster Linie in Konkurrenz mit Niedrigpreisländern der Dritten Welt zu suchen, zumal diese Verkäufe unter gesamtwirtschaftlichen Rentabilitäts Gesichtspunkten oft mehr als fragwürdig sind. Angesichts ihrer nach wie vor geringen Konkurrenzfähigkeit auf den westlichen Märkten im Investitionsgüterbereich muß sie jedoch jede sich bietende Exportchance auch im Konsumgüterbereich nutzen.

Soweit sich Bezugsbeschränkungen handelshemmend auswirken, sollte versucht werden, sie zu beseitigen. Zwar sind im gewerblichen Bereich 1985 bei etlichen Positionen Kontingente aufgestockt worden, das gleiche gilt für 1986. Überdies sind eine Reihe von Meldenummern in die offene Ausschreibung überführt worden. Damit hat sich hier mehr bewegt als in den vorangegangenen Jahren. Die Liberalisierung müßte verstärkt fortgesetzt werden, sollen Bezugsreserven erschlossen werden.

Von einer liberalen Bezugspolitik gegenüber der DDR sind gewiß keine Wunder zu erwarten, und ein differenziertes Vorgehen in der Kontingentierungspolitik ist sicher die angemessenste Reaktion auf Wünsche der DDR. So sind im Bereich Landwirtschaft bei bestimmten sensiblen Positionen — Getreide, Rindfleisch u.a. — keine Kontingentsaufstockungen zu erwarten. Bei vielen anderen relativ kleinen landwirtschaftlichen Positionen erscheinen dagegen Aufstockungen oder gar Freigaben als durchaus möglich. Um diese insgesamt gewiß nicht unbedeutenden Bezugsreserven zu erschließen, müßte man mit einer gründlichen „Entmottung des Kontingentierungskatalogs“ in diesem Bereich beginnen. Sicher wäre dann auch die DDR dazu bereit, ihrerseits auf Lieferinteressen der Bundesrepublik einzugehen, z.B. indem sie beim Einkauf von Ernährungsgütern für den „Delikat“ Bereich zusätzlich ordert oder marktentlastende Einkäufe — wie derzeit bei Rindfleisch — vornimmt. Im Bereich Landwirtschaft, früher auch Expansionsträger dieses Handels, bewegt sich in der Kontingentierung aber derzeit gar nichts, obwohl die Bundesrepublik in der Liefer-Bezugsbilanz dieses Sektors seit einigen Jahren Überschüsse erzielt.

aber erst durch das Interview, das Generalsekretär Erich Honeker Anfang dieses Jahres für „Die Zeit“, vom 31. Januar 1986, S. 3-7, gab. Es ist nachgedruckt im Parteiorgan „Neues Deutschland“.

<sup>10</sup> Entgegen manchen — auch offiziellen — Verlautbarungen ist der innerdeutsche Handel auf der Bezugsseite auch heute noch sehr weitgehend reglementiert. Im Bereich der Landwirtschaft sind rund 90 vH der Bezüge kontingentiert. Bei den gewerblichen Produkten sind Waren in Höhe von über 400 Mill. DM von Wert- oder Mengenkontingenten betroffen. Hierin sind die Mineralölzeugnisse nicht enthalten. Sie sind zwar auch kontingentiert, allerdings als einzige Warengruppe in Absprache mit der DDR. Diese drei Bereiche machen bereits ein Drittel aller Warenbezüge aus. Rechnet man die Orientierungsgrößen und die Waren mit Einzelgenehmigungspflicht hinzu, so ist derzeit nur knapp die Hälfte der Bezüge ohne jede Reglementierung.

**Struktur des innerdeutschen Handels  
nach der Außenhandelsystematik**  
Anteile in vH

Warengruppe	1975	1980	1983	1984
	Lieferungen der Bundesrepublik <sup>1</sup>			
Ernährungswirtschaft <sup>2</sup>	8	10	15	15
Rohstoffe	8	12	12	12
Halbwaren	20	18	19	20
Fertigwaren-Vorerzeugnisse	25	21	27	26
Fertigwaren-Enderzeugnisse	31	32	22	20
Fertigwaren insgesamt	56	53	49	46
Nicht zugeordnete Waren	8	7	5	7
	Bezüge der Bundesrepublik <sup>1</sup>			
Ernährungswirtschaft <sup>2</sup>	17	11	10	9
Rohstoffe	6	4	5	4
Halbwaren	22	35	33	34
Fertigwaren-Vorerzeugnisse	17	17	18	18
Fertigwaren-Enderzeugnisse	36	31	32	32
Fertigwaren insgesamt	53	48	50	50
Nicht zugeordnete Waren	2	2	2	3

<sup>1</sup>) Einschließlich Berlin (West). —<sup>2</sup>) Lebende Tiere, Nahrungsmittel tierischen Ursprungs, Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs, Genußmittel.  
*Quellen:* Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft, Frankfurt/Eschborn, bearbeitet nach Daten des Statistischen Bundesamtes Wiesbaden.

Bei gewerblichen Gütern ließe sich ein ähnlicher Interessenausgleich denken. Auf alle Fälle sollte Beweglichkeit die Kontingentierungspolitik der Bundesregierung kennzeichnen. Auch eine größere Publizität über zusätzliche Lieferwünsche der DDR und die Handhabung der Kontingente wären schon ein Gewinn, da sie das Handelsklima verbessern, Vorwürfe entkräften und einen Beitrag zu einer mehr sachbezogenen Diskussion in dieser Frage leisten würden.

**Strukturverbesserungen und  
vielfältigere Formen der Zusammenarbeit anstreben**

Einmal ist es sicher richtig, bestehende Verkaufsspielräume der DDR zu erhalten und die Bezugsbeschränkungen immer wieder auf ihre wirtschaftliche Notwendigkeit hin zu überprüfen. Zum anderen muß die DDR aber auch ihre Leistungsfähigkeit bei den traditionellen Schwerpunkten erhöhen und sich den Marktverhältnissen in der Bundesrepublik besser anpassen. Neben Strukturverbesserungen durch ein überproportionales Wachstum bei Fertigerzeugnissen ist die Nutzung vielfältigerer Kooperationsformen ein wichtiger Schritt zu komplexeren Wirtschaftsbeziehungen. Die Beispiele von Gestattungsproduktion und Drittlandkooperation<sup>11</sup> zeigen, daß über den reinen Warenverkehr hinausgehende Kooperationsformen ebenso gangbare Formen der Zusammenarbeit sind, wie die abgeschlossenen Großprojekte vor allem in der Metallurgie und der Chemie. Auch die Kooperationen von Einzelunternehmen — wie Salamander<sup>12</sup> und VW<sup>13</sup> — mit der DDR

haben dem innerdeutschen Handel positive Akzente gegeben. Durch alle diese Geschäfte ist der Güteraustausch mit der DDR in den letzten Jahren vielfältiger geworden, und es gibt jetzt Formen des Leistungsaustausches, wie sie zwischen westlichen Ländern seit langem gang und gäbe sind. Auf diesem Wege sollte weiter vorangeschritten werden.

Impulse könnten sich für diesen Güteraustausch auch aus der Tatsache ergeben, daß die DDR die Sicherung ihres Wirtschaftswachstums und ihre Wettbewerbsfähigkeit im Außenhandel vornehmlich im Bereich des wissenschaftlich-technischen Fortschritts sieht. Das wird einmal ihren Bedarf an Technologieimporten aus westlichen Ländern erhöhen. Zum anderen wird es in der DDR darauf ankommen, die eigenen Ergebnisse von Forschung und Entwicklung schneller und besser zur Anwendungsreife zu bringen. Hierbei könnten westliche Innovations- und Gründerzentren, Unternehmensberatungen und Ingenieurbüros sicher wesentliche Unterstützung bieten. Der Einsatz anwendungsorientierter Wissenschaft und die Pflege wissenschaftlich-technischer Zusammenarbeit würden überdies die — abgesehen von den Transportleistungen — bisher unterentwickelten Dienstleistungen in den deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen fördern und damit dem internationalen Trend zur Dienstleistungsgesellschaft entsprechen<sup>14</sup>.

Zunächst könnte es Impulse für den innerdeutschen Handel vor allem durch vermehrte Investitionsgüterlieferungen geben. Denn nach der Investitionspause in der DDR dürften 1986 wachstumsfördernde Importe mehr Bedeutung erlangen. Bei den zu befürchtenden kontraktiven Einflüssen auf der Bezugsseite setzt eine Belebung des Investitionsgütergeschäfts allerdings voraus, daß die DDR ihre Konsolidierungspolitik im Westhandel nicht mehr so streng handhabt wie bisher.

<sup>11</sup> Die Drittlandkooperation der DDR mit Firmen der Bundesrepublik zählt rund ein Dutzend Fälle. Die Projekte sind ausschließlich für Entwicklungsländer gedacht oder dort verwirklicht worden. Der Schwerpunkt der Zusammenarbeit erstreckte sich bisher auf den Investitionsgüterbereich — anders als bei der Gestattungsproduktion, wo Konsumgüter im Mittelpunkt stehen.

<sup>12</sup> Vgl. hierzu den Vortrag des Vorstandsvorsitzenden der Salamander AG, Franz Josef Dazert, der Mitte Januar 1986 beim „Handelsverein e.V.“, einer Förderorganisation des deutsch-deutschen Handels, über „Erfahrungen und Möglichkeiten im Handel mit der DDR“ referierte.

<sup>13</sup> Nach dem früheren „Golf“-Geschäft, das lediglich den Verkauf von Pkw zum Inhalt hatte, sieht das derzeitige Kooperationsabkommen mit der DDR vielfältigere Geschäftsbeziehungen vor: Die Lieferung einer Motorenstraße gegen Lizenzgebühren ist mit der Rückführung von Rumpfmotoren und dem Verkauf von 14 000 VW-Transportfahrzeugen gekoppelt. Es hat einen Leistungsumfang von 500 Mill. DM und eine Laufzeit bis 1993.

<sup>14</sup> Zukunftschancen für den innerdeutschen Handel ergeben sich, wie an dieser Stelle bereits dargelegt, auch auf dem Feld des Umweltschutzes, insbesondere im Großraum Berlin. Hierdurch könnten die Umweltbedingungen verbessert, westliche Anlagen und westliches Wissen verkauft und hohe Rentabilitätsgewinne, besonders durch Umrüstung von vielen kleinen und sehr alten DDR-Betrieben erzielt werden.

## Wie wirksam sind die Allgemeinen Zollpräferenzen der EG für Industrieprodukte?

Alle Industrieländer vermindern im Rahmen ihrer Allgemeinen Zollpräferenzsysteme (APS) die Zollhürden gezielt für Entwicklungsländer, um ihnen den Marktzugang besonders für gewerbliche Produkte zu erleichtern. Zwar hat die Bedeutung von Zöllen abgenommen — einmal aufgrund des generellen Zollabbaus im Rahmen der Tokio-Runde, zum anderen wegen des Vordringens nichttarifärer Hemmnisse —, aber der politische Stellenwert der Präferenzsysteme ist auch im zweiten Jahrzehnt ihres Bestehens hoch.

Die EG gewährt im Rahmen ihres APS allen Entwicklungsländern die zollfreie Einfuhr von Industrieprodukten, allerdings mit gewissen Begrenzungen bei einigen Produkten. Trotz der eingebauten Restriktionen ist das Angebot der EG im Vergleich zu den anderen Industrieländern am umfassendsten, sowohl hinsichtlich der einbezogenen Produkte<sup>1</sup> als auch der begünstigten Länder<sup>2</sup>: Von den außereuropäischen Entwicklungsländern sind nur Israel, Nordkorea und Taiwan ausgenommen. Die EG behandelt die Entwicklungsländer allerdings unterschiedlich, je nach deren Marktstellung bei den als sensibel angesehenen Industrieprodukten. Sie weicht damit auch innerhalb des Präferenzsystems — also nicht nur durch spezielle Bevorzugung etwa der AKP-Länder und der Mittelmeerländer — vom Prinzip der Gleichbehandlung ab und begrenzt seit 1981 bei sensiblen Produkten die zollfreien Einfuhrmengen für einzelne Lieferländer<sup>3</sup>. Davor waren für einzelne Produkte jährliche Höchstmengen festgelegt; ein einzelnes Land durfte nur einen bestimmten Anteil davon liefern. Dieser Anteil war in der Regel zwar nach Waren verschieden, aber für alle Länder jeweils gleich hoch und lag zwischen 15 und 50 vH. Es konnte also der Fall eintreten, daß nur wenige Länder das zollfreie Angebot ausschöpften und weniger rasche oder starke Anbieter nicht mehr in den Genuß der Zollfreiheit kamen. Mit dem Schutz dieser Newcomer und kleineren Anbieter sowie einer größeren Kalkulierbarkeit für alle Länder wurde dann auch die Änderung begründet. Es blieb aber die zuweilen willkürlich anmutende und von den Entwicklungsländern oft nicht vorauszu sehende, z.T. von Jahr zu Jahr wechselnde Einstufung von Produkten als sensibel, die mit begrenzter Zollfreiheit ausgestattet waren.

Paradoxe Züge weist das APS für die Einfuhr von Textilien<sup>4</sup> auf. Von 1980 an wurde es mit dem Multifaserabkommen (MFA) derart verknüpft, daß es außer den am wenigsten entwickelten Ländern nur diejenigen Entwicklungsländer einbezieht, die im Rahmen des MFA mit der EG bilaterale Lieferverträge geschlossen haben<sup>5</sup>. Dahinter verbirgt sich folgende Situation: Auf der einen Seite werden die großen Schwierigkeiten der europäischen Textilindustrie nicht zuletzt der zunehmenden Wettbewerbs-

fähigkeit vieler Entwicklungsländer zugeschrieben. Die EG — ebenso wie andere Industrieländer — forderte daher zum Schutz ihrer heimischen Industrie Lieferbeschränkungen, für die das GATT mit dem Multifaserabkommen den Rahmen schuf. Die EG schloß mit allen Entwicklungsländern, von denen manche sogar nur mit ganz wenigen Textilprodukten auf dem EG-Markt als besonders wettbewerbsfähig angesehen werden, bilaterale Verträge, in denen die Liefermengen für die einzelnen Produktgruppen festgelegt wurden.

Auf der anderen Seite hielt die EG aber an ihrem Grundsatz fest, alle Industrieprodukte im Rahmen ihres Präferenzsystems von Zöllen zu befreien, um den Entwicklungsländern den Marktzugang zu erleichtern; denselben Entwicklungsländern, denen einerseits wegen ihrer Wettbewerbsstärke die Liefermöglichkeit begrenzt wurde, wird im Rahmen des APS für einen Teil dieser vereinbarten Liefermengen<sup>6</sup> der Zoll erlassen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Außer der Schizophrenie sich konterkarierender Maßnahmen kommt hier aber noch ein anderer Sachverhalt zum Ausdruck: Die relative

<sup>1</sup> Das APS bezieht sich auf ausgewählte Agrarprodukte der Kapitel 0 bis 24 des Gemeinsamen Zolltarifs (GZT), die hier nicht näher betrachtet werden, und grundsätzlich auf alle zollpflichtigen Industriegüter der Kapitel 25 bis 99. Ausgenommen sind nur einige landwirtschaftliche Verarbeitungserzeugnisse und gewisse Rohstoffe. Die USA und Japan dagegen haben einen großen Teil der im Handel mit Entwicklungsländern als „einfuhrsensibel“ geltenden Industrieprodukte (vor allem Textilien, Schuhe, Ledererzeugnisse, Erdölprodukte) von der Präferenzbehandlung ausgeschlossen.

<sup>2</sup> Japan und vor allem die USA schließen wesentlich mehr Länder, vornehmlich aus politischen Gründen, aus, die USA z.B. alle OPEC-Länder, die sich 1973 am Ölboykott beteiligt haben sowie die meisten Entwicklungsländer mit sozialistischen Wirtschaftssystemen.

<sup>3</sup> Für jeweils einzelne, besonders wettbewerbsfähige Entwicklungsländer wird bei sensiblen Produkten — deren Auswahl von Jahr zu Jahr variiert — ein Zollkontingent festgelegt und auf die EG-Mitgliedstaaten aufgeteilt. Nach dessen Ausschöpfung werden in dem betreffenden EG-Land die Meistbegünstigungszölle wieder eingesetzt. Gegenüber allen anderen Entwicklungsländern — ausgenommen die am wenigsten entwickelten — gelten Höchstmengen (Zollplafonds), die nicht auf die EG-Länder aufgeteilt sind. Erreicht ein Land die Plafondsgrenze, kann der Zoll wieder eingeführt werden. China und Rumänien sind bei einigen Produkten von der Präferenzierung völlig ausgeschlossen.

<sup>4</sup> Hier gebraucht im Sinne des Welttextilabkommens als Oberbegriff für Garne und Gewebe (Spinnstoffe oder Textilien im engeren Sinne) sowie Bekleidung.

<sup>5</sup> Abgesehen von den Präferenzen für nicht unter das MFA fallende Textilien, die allen Entwicklungsländern offen stehen.

<sup>6</sup> Die Höhe des Anteils, der zollfrei geliefert werden darf, ist von Produkt zu Produkt und von Land zu Land unterschiedlich. Er richtet sich nach der Sensibilität des Produktes sowie dem Marktanteil und dem Entwicklungsstand des Lieferlandes.

**Einfuhr der EG aus präferenzberechtigten Entwicklungsländern**

Warengruppe	Durchschnitt der Jahre:	Alle Einfuhren Mrd. Ecu	Präferenzangebot <sup>1</sup>		Präferenziert		Bedeutung der Warengruppen		
			Mrd. Ecu	Anteil vH	Mrd. Ecu	Grad der Ausnutzung <sup>2</sup> vH	Alle Einfuhren vH	Präferenzangebot vH	Präferenziert vH
Waren insgesamt	1982/83 1975/76	124,7 61,5	15,9 4,8	13 8	9,5 2,7	60 56	Anteil an Waren insgesamt		
Agrarprodukte	1982/83 1975/76	18,7 9,9	2,3 1,3	12 13	1,7 0,6	73 41	15 16	15 28	18 21
Industrieprodukte	1982/83 1975/76	106,1 51,6	13,5 3,5	13 7	7,8 2,1	58 61	85 84	85 72	82 79
							Anteil an Industrieprodukten		
Mineral. Brennstoffe	1982/83 1975/76	73,1 37,2	2,7 0,3	4 1	2,6 0,5	98 184 <sup>3</sup>	69 72	20 8	33 24
Textilien	1982/83 1975/76	8,3 3,8	1,0 0,6	12 16	1,0 0,3	97 55	8 7	8 18	13 16
Sonstige Waren	1982/83 1975/76	24,6 10,6	9,8 2,6	40 24	4,2 1,3	43 50	23 21	73 74	54 60
Industrieprodukte ohne mineral. Brennstoffe	1982/83 1975/76	32,9 14,4	10,9 3,2	33 22	5,2 1,6	48 51	31 28	80 92	67 76

1) Von der EG Kommission angegeben unter Berücksichtigung der Länder- und Mengengrenzungen. Anteil an allen Einfuhren. — 2) Anteil der präferenzierten Einfuhren am Präferenzangebot. — 3) Der Ausnutzungsgrad kann 100 vH überschreiten, wenn trotz Erreichen der Plafonds-Grenze Zollpräferenzen gewährt werden oder aufgrund von statistischen Ungenauigkeiten.  
Quelle: Berechnungen des DIW nach Angaben der EG Kommission.

Bedeutungslosigkeit der Zölle. Würden sie als ausreichender Wettbewerbsnachteil betrachtet, brauchte man keine quantitativen Restriktionen zum Schutz vor konkurrierenden Anbietern. So aber kann man es sich leisten, sie als „großzügige“ Geste sogar für „störende“ Lieferungen teilweise zu erlassen.

**Zuwachsraten der EG-Einfuhr  
aus präferenzberechtigten Entwicklungsländern  
1982/83 gegenüber 1975/76 in vH**

Warengruppe	Einfuhren	
	insgesamt	präferenziert
Waren insgesamt	11	20
Agrarprodukte	9	17
Industrieprodukte	11	21
Mineralische Brennstoffe	10	27
Textilien	12	17
Sonstige Waren	13	19
Industrieprodukte ohne mineralische Brennstoffe	13	18

Quelle: Berechnungen des DIW nach Angaben der EG Kommission.

Das zunächst so umfassend anmutende Präferenzsystem der EG ist demnach nicht nur durch die eingebauten Restriktionen, sondern auf dem für viele Entwicklungsländer besonders wichtigen Textilsektor auch durch Widersprüche gekennzeichnet. Zudem werden die berechtigten Entwicklungsländer — von denen die AKP-Staaten und die Mittelmeerländer ohnehin vertraglich gesicherten zollfreien Zugang für ihre Industrieprodukte genießen — nicht gegenüber allen übrigen ausländischen Anbietern bevorzugt, sondern nur gegenüber den außereuropäischen Industrieländern (vor allem den USA und Japan) und dem Ostblock (außer Rumänien, das präferenzberechtigt ist), da die europäischen Industrieländer, die nicht zur EG gehören, mit der EG eine Freihandelszone gebildet haben.

**Struktur und Entwicklung der Präferenzeinfuhren**

Trotz der Begrenzungen haben die von Zöllen befreiten Einfuhren der EG im Rahmen des APS kräftig zugenommen, und zwar auf annähernd 10 Mrd. Ecu im Jahre 1983. Mehr als ein Viertel davon entfiel allerdings allein

<sup>7</sup> Die Angaben über die präferenzierten Einfuhren differieren je nach EG-Quelle, u.a. wegen der Einbeziehung bzw. des Ausschlusses präferenzierter Einfuhren aus AKP-Ländern.

Wichtige Lieferländer im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems der EG 1975 und 1983

Länder	1983			1975			Präferenzquote <sup>3</sup>		Durchschnittliche jährliche Veränderung		
	Waren insgesamt	Unter APS fallend <sup>2</sup>	Präferenziert	Waren insgesamt	Unter APS fallend <sup>2</sup>	Präferenziert	1983	1975	Waren insgesamt	Unter APS fallend <sup>2</sup>	Präferenziert
	Mill. Ecu						vH		1983 gegenüber 1975		
							vH		vH		
Brasilien	6 777	2 110	932	2 081	331	165	44	50	16	26	24
Rumänien	1 819	1 328	879	815	233	98	66	42	11	24	32
Indien	2 196	1 502	687	860	304	144	46	47	12	22	22
Hongkong	4 563	3 889	664	1 301	638	139	17	22	17	25	22
Südkorea	2 853	2 801	620	582	530	119	22	22	22	23	23
China <sup>4</sup>	2 665	1 602	602	626	—	—	38	—	20	—	—
Malaysia	2 062	954	447	683	203	40	47	20	15	21	35
Thailand	1 570	700	370	315	.	.	53	.	22	.	.
Philippinen	1 092	697	359	348	.	.	52	.	15	.	.
Singapur	1 770	1 296	346	351	266	63	27	24	22	22	24
Pakistan	585	418	251	210	147	82	60	56	14	14	15
Argentinien	2 039	421	192	820	140	47	46	34	12	15	19
Mexiko	2 809	342	181	294	124	59	53	48	33	14	15
Jugoslawien <sup>5</sup>	3 530	1 118	114	979	690	240	10	35	17	6	-9
Zusammen	36 330	19 178	6 644	10 265	3 606	1 197	35	33	17	23	24
Alle APS-Länder	121 315	31 734	9 835	51 852	5 351	1 799	31	34	11	25	24

1) Alle Länder, die 1983 oder 1975 zu den 11 größten Lieferländern gehörten (mit Ausnahme der fast ausschließlich Erdölprodukte liefernden Länder Kuwait, Saudi Arabien und Venezuela) in der Reihenfolge der präferenzierten Lieferungen 1983. — 2) Ohne Berücksichtigung von Länder- und Mengenbegrenzungen. — 3) Anteil der präferenzierten an den unter das APS fallenden Lieferungen. — 4) 1975 nicht präferenzberechtigt. — 5) Lieferte 1983 überwiegend im Rahmen eines individuellen Handelsvertrages mit der EG.

Quellen: EG Kommission, Kom (85) 203 endg., u.a., Statistisches Amt der EG, Analytische Übersichten des Außenhandels, Band Z.

auf Erdölprodukte. Gegenüber 1975/76 stiegen die gesamten Einfuhren aus präferenzberechtigten Entwicklungsländern bis 1982/83 um durchschnittlich 11 vH jährlich, die präferenzierten aber um 20 vH. Die unter das APS fallenden Waren bilden nur einen Teil — etwa ein Viertel — aller Importe aus den Entwicklungsländern, weil die von ihnen vornehmlich gelieferten Rohstoffe, vor allem Erdöl, meist ohnehin zollfrei sind und Agrarprodukte nur sehr begrenzt Präferenz genießen. Gewicht hat das APS vor allem für Industrieprodukte (ohne Erdölprodukte).

Von allen unter das APS fallenden Einfuhren wird jedoch nur annähernd ein Drittel tatsächlich präferenziert. Dies hängt in erster Linie mit der mengenmäßigen Begrenzung der Zollbefreiung und dem gezielten Ausschluß von Ländern bei einzelnen Produkten zusammen. Legt man das von der EG unter Berücksichtigung der eingebauten Länder- und Mengenbeschränkungen angegebene Präferenzangebot zugrunde, dann errechnet sich für 1982/83 ein Ausnutzungsgrad in Höhe von 60 vH. Bei Agrarprodukten betrug er 73 vH, bei Textilien sogar 97 vH und bei den Industriegütern (ohne mineralische Brennstoffe und Textilien) 43 vH.

Für die zwar gestiegene, aber immer noch nicht volle Ausnutzung gibt es verschiedene Erklärungen. Oft verhindern die strengen Vorschriften über die Ursprungsre-

geln und andere administrative Hindernisse die Inanspruchnahme des APS. Vor allem bei Waren mit sehr niedrigen Zollsätzen lohnt es sich offenbar nicht, wegen des geringen Preisvorteils derartige Hürden zu überwinden<sup>8</sup>. Dazu paßt das Bild bei Textilien: In diesem Bereich mit überdurchschnittlich hoher Zollbelastung und einem sehr engen, detaillierten Präferenzangebot beträgt die Ausschöpfung nahezu 100 vH.

Länderstruktur

Von Anfang an haben die fortgeschritteneren Entwicklungsländer am meisten von dem Präferenzangebot profitiert. Da das APS bei den Landwirtschaftsprodukten sehr begrenzt ist, waren es vor allem die Länder, die schon ein breiteres Spektrum von Industriegütern anboten. 1975 bestritten die 11 wichtigsten APS-Länder (ohne die fast ausschließlich Erdölprodukte liefernden Länder Kuwait, Saudi-Arabien und Venezuela) zwei Drittel aller Präferenzeinfuhren. 1983 war die Konzentration etwas geringer, und

<sup>8</sup> Vgl. Langhammer, Rolf J., Die Allgemeinen Zollpräferenzen der Europäischen Gemeinschaft für Entwicklungsländer, Fehlschlag oder Erfolg?, Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 95, Kiel 1983, S. 10 f.

neue Länder waren aufgerückt: Thailand und die Philippinen, vor allem aber China, das erst seit 1980 präferenzberechtigt ist. Jugoslawiens Bedeutung ist dagegen im Rahmen des APS zurückgegangen, weil ihm zu Beginn der achtziger Jahre von der EG in einem Handelsabkommen weitgehende Zollfreiheit eingeräumt wurde. Läßt man also China und Jugoslawien außer Betracht und schließt auch Rumänien aus (dessen Präferenzlieferungen überwiegend aus Erdölprodukten bestehen, von Jahr zu Jahr stark schwanken und 1983 besonders hoch waren), so hat sich die Zusammensetzung der Spitzengruppe mit Brasilien, Indien, Hongkong und Südkorea in dem betrachteten Zeitraum nicht verändert.

Bei den wettbewerbsfähigsten Ländern (Hongkong, Südkorea und Singapur) ist der Anteil der tatsächlich präferenzierten Lieferungen an allen unter das APS fallenden Importen (Präferenzquote) relativ niedrig. Hier wurden — im Gegensatz zur Messung des Ausnutzungsgrades — die Importe aller vom APS erfaßten Waren ohne Berücksichtigung der institutionellen Restriktionen als gesamtes Potential angesehen, zu dem die tatsächlich präferenzierten Importe in Beziehung gesetzt wurden. Diese Quote ist bei Singapur gegenüber 1975 noch ein wenig gestiegen, bei Südkorea gleich geblieben und bei Hongkong zurückgegangen. Auch Brasilien mußte einen Rückgang des präferenzierten Anteils hinnehmen. Ein solcher Rückgang kann einmal aus einer veränderten Warenstruktur resultieren. Wenn z.B. mehr Waren geliefert werden, die als sensibel eingestuft sind, sind die zollfreien Liefermöglichkeiten begrenzter. Eine weitere Erklärung ist darin zu finden, daß den wettbewerbsfähigen Entwicklungsländern bei den Produkten, mit denen sie große Absatzerfolge hatten, neue rigide Zollkontingente auferlegt, also die eingebauten Restriktionen verschärft wurden.

Bei den meisten anderen wichtigen Lieferländern wurde dagegen ein größerer Teil ihrer unter das APS fallenden Lieferungen präferenziert. Insgesamt ist die Quote 1983 gegenüber 1975 etwas zurückgegangen. Seit Bestehen des APS wurde immer nur rund ein Drittel der von diesem System erfaßten Lieferungen tatsächlich begünstigt, zwei Drittel mußten dagegen verzollt werden.

Bei fast allen Ländern haben die gesamten Lieferungen von 1975 bis 1983 weniger zugenommen als diejenigen, die unter das APS fallen: Diese bestehen hauptsächlich aus Industrieprodukten. Hier ist die Nachfrageentwicklung generell günstiger als bei den in den Gesamtexporten der Entwicklungsländer stärker vertretenen Agrarprodukten und Rohstoffen (mit Ausnahme von Erdöl, das z.B. die Gesamtentwicklung bei Mexiko prägt).

### Versuche zur Quantifizierung des Präferenzeffektes

Grundsätzlich ist es problematisch, aus der tatsächlichen Entwicklung von Handelsströmen Rückschlüsse auf

die Wirksamkeit bestimmter Einflüsse zu ziehen. In mehreren Untersuchungen mit unterschiedlichen methodischen Ansätzen wurde versucht, den Einfluß des Präferenzsystems der EG auf die Entwicklung der Importe aus den begünstigten Entwicklungsländern zu messen. In einer Analyse der Präferenzeinfuhren der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, der Benelux-Staaten, Japans und Schwedens für die Jahre 1973 bis 1976<sup>9</sup> ergab sich bei einem Vergleich der Einfuhr der vom APS erfaßten Industrieprodukte mit den tatsächlich präferenzierten<sup>10</sup> nur im Falle der Bundesrepublik und Japans ein positiver Präferenzeffekt, bei den anderen untersuchten Industrieländern war er negativ.

Neuere Untersuchungen auf der Basis von Gravitationsmodellen<sup>11</sup> ergaben sehr geringe positive Präferenzeffekte. Sie drücken sich darin aus, daß die errechnete „Unterrepräsentation“ der Entwicklungsländer hinsichtlich ihrer Industriegüterlieferungen in die EG nach Einführung des APS kleiner geworden ist. Die geringe Größenordnung der Effekte nimmt nicht wunder, wenn man sich vergegenwärtigt, daß insgesamt nur etwa ein Drittel der betreffenden Einfuhren tatsächlich in den Genuß der Zollfreiheit gelangt war.

Im vorliegenden Bericht wurde ein anderer Ansatz gewählt. Er stellt auf die Frage ab, ob sich bei den wichtigen Lieferländern im Vergleich zwischen den Warengruppen ein Zusammenhang der Wettbewerbsposition ihrer Exporte in die EG mit dem durch die Zollentlastung erlangten Preisvorteil erkennen läßt.

Zur Berechnung der Zollentlastung im Jahre 1982 wurden zunächst die Zölle für die präferenzierten Einfuhren ermittelt<sup>12</sup>. Die durchschnittliche Zollhöhe ist für

<sup>9</sup> Möbius, Uta und Schultz, Siegfried: Handelspolitik gegenüber Entwicklungsländern im gewerblichen Bereich, Forschungsberichte des BMZ, Bd. 1, München 1980, S. 25 ff.

<sup>10</sup> Die Präferenzeinfuhren im Jahre 1973 wurden auf der Basis von Abschnitten des GZT (17 Warengruppen) bis zum Jahr 1976 mit der Zuwachsrate der Importe aller vom APS erfaßten Waren aus den präferenzberechtigten Entwicklungsländern fortgeschrieben. Diese hypothetischen Präferenzeinfuhren wurden mit den tatsächlichen Präferenzeinfuhren 1976 verglichen und die Differenzen über die 17 Warengruppen addiert. Die Summe wurde als Präferenzeffekt für den Untersuchungszeitraum angenommen.

<sup>11</sup> Auf der Basis APS-bezogener Statistiken vgl. Borrmann, Axel, Borrmann, Christine, Langer, Christian und Menck, Karl-Wolfgang: The Significance of the EEC's Generalised System of Preferences, Publication of HWWA Institut für Wirtschaftsforschung — Hamburg, Hamburg 1985. Langhammer, Rolf J.: Ten Years of the EEC's GSP, Success or Failure? Kieler Arbeitspapiere No 183, Kiel 1983.

<sup>12</sup> Zunächst wurden für alle APS-Positionen, die sich z.T. aus mehreren GZT-Positionen zusammensetzen, mit den Einfuhren aus allen APS-Ländern gewogene Durchschnittszölle errechnet. Die Zollsätze und Einfuhrdaten stellte das Statistische Amt der EG dankenswerterweise auf Magnetband zur Verfügung. Mit diesen Zollsätzen wurden für jedes untersuchte Land mit den präferenzierten Einfuhren aus diesem Land gewichtete durchschnittliche Zollsätze für die 2-stelligen Warengruppen und damit

Präferenzlieferungen und Zollentlastung wichtiger Lieferländer nach Warengruppen 1982

Länder <sup>1</sup>	Agrarprodukte		Industrieprodukte								Industrieprodukte ohne Erdölprodukte		
	An- teil <sup>2</sup>	Mill. Ecu	Insgesamt		Erdöl		Textilien		Sonstige		Zoll <sup>5</sup> vH	Zoll- entla- stung <sup>6</sup> vH	Bestimmt- heits- maß <sup>7</sup> r <sup>2</sup>
			An- teil <sup>2</sup> vH	Präfe- renz- quote <sup>4</sup> vH	An- teil <sup>3</sup> vH	An- teil <sup>3</sup> vH	Präfe- renz- quote <sup>4</sup> vH	An- teil <sup>3</sup> vH	Präfe- renz- quote <sup>4</sup> vH				
Brasilien	22	214	78	48	12	3	8	85	54	8,0	4,0	0,04	
Indien	15	92	85	39	1	55	44	44	35	7,7	3,8	0,01	
Hongkong	1	4	99	17	1	6	2	93	29	7,5	1,5	0,03	
Südkorea	4	23	96	27	0	19	12	81	37	8,6	2,7	0,12*	
Malaysia	56	209	44	31	0	15	26	85	32	7,0	3,1	0,07	
Thailand	48	158	52	40	0	32	24	68	57	7,8	3,7	0,00	
Philippinen	53	186	47	41	0	17	19	83	54	7,1	4,2	0,00	
Singapur	3	10	97	28	3	2	6	95	31	7,3	2,6	0,08*	
Pakistan	8	19	92	58	10	65	57	25	57	7,6	4,0	0,06	
Argentinien	28	57	72	46	30	3	30	67	42	6,1	3,0	0,00	
Mexiko	21	33	79	58	29	4	30	67	59	7,5	5,3	0,05	
Zusammen	21	1 005	79	31	6	19	17	75	38	8,0	2,8	0,01	
Alle APS-Länder	18	1 691	82	30	38	11	15	51	32	8,1	2,4	0,01	

1) Die 11 wichtigsten Lieferländer von Industrieprodukten, ausgenommen die überwiegend Erdölprodukte liefernden Länder sowie China. — 2) An den gesamten präferenzierten Einfuhren aus dem jeweiligen Land. — 3) An den präferenzierten Industriegüterlieferungen aus dem jeweiligen Land. — 4) Anteil der präferenzierten an den unter das APS fallenden Einfuhren aus dem jeweiligen Land. — 5) Durchschnittlicher Zollsatz aller präferenzierten Lieferungen. — 6) Gesparter Zoll in vH von unter das APS fallenden Lieferungen. — 7) In Beziehung gesetzt wurden die Zollentlastungsquoten und die Wettbewerbskomponenten (in vH des Zuwachses der gesamten Lieferungen 1982/1979) für die 2-stelligen Warengruppen (Kapitel des GZT), das waren zwischen 19 und 61 Fälle. \* bedeutet: signifikant bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 vH.

Quelle: Berechnungen des DIW nach Angaben des Statistischen Amtes der EG (Einfuhren und Zollsätze auf Magnetband).

die einzelnen Länder nicht sehr unterschiedlich, weil es sich um die Auswahl der vom APS erfaßten industriellen Fertigwaren handelt, d.h. zollfreie Rohstoffe und die häufig hoch verzollten Landwirtschaftsprodukte ausgeschlossen sind. Die durchschnittlichen Zollsätze für die gesamten präferenzierten Importe liegen daher nur zwischen 6,1 vH (Argentinien) und 8,6 vH (Südkorea), für alle APS-Länder zusammen lag der Satz bei 8,1 vH. Der Durchschnittszoll für die Lieferungen Südkoreas ist höher als z.B. derjenige Hongkongs oder Singapurs, weil Korea relativ viel Bekleidung liefert, die mit besonders hohen Zöllen belegt wird.

Die für jede Warengruppe errechnete Zollentlastung im Rahmen des APS wurde zu den unter das APS fallenden Importen in dieser Warengruppe in Beziehung gesetzt (Zollentlastungsquote). Da häufig gerade in den Warengruppen mit hohen Zollsätzen die unter das APS fallenden Lieferungen die zollbefreiten weit übertreffen und die durchschnittlichen Zölle in der Regel — abgesehen von Textilien und einigen chemischen Produkten — nicht sehr hoch sind, ergab sich im Durchschnitt aller APS-Länder die relativ niedrige Zollentlastungsquote von 2,4 vH<sup>13</sup>.

Im Vergleich der einzelnen Länder zeigen sich bei den Zollentlastungsquoten deutlichere Unterschiede als bei den durchschnittlichen Zollsätzen für alle präferenzierten

Importe, weil hier die unterschiedliche Behandlung der Entwicklungsländer im Präferenzsystem zum Ausdruck kommt: Die schon wettbewerbsfähigeren Länder müssen einen größeren Teil ihrer Lieferungen verzollen, weil sie die Grenzen von Kontingenten oder Plafonds z.T. erheblich überschreiten. Die günstigste Situation, d.h. die höchste Zöllersparnis im Verhältnis zu seinen unter das APS fallenden Lieferungen, errechnet sich für Mexiko (5,3 vH), aber auch die Philippinen, Pakistan und Brasilien weisen relativ hohe Quoten auf. Die niedrigste Zollentlastungsquote hat Hongkong mit nur 1,5 vH, gefolgt von Singapur (2,6 vH) und Südkorea (2,7 vH).

Zwischen den einzelnen Warengruppen gab es generell und im Vergleich der Länder wesentliche Unterschiede bei der Zollentlastungsquote: Einmal differieren die Zollsätze für die Warengruppen, und zum anderen

die gesparten Zölle berechnet. Als absoluter Betrag ergab sich für alle APS-Länder eine Zöllersparnis von rund 432 Mill. Ecu für alle Industrieprodukte ohne Erdölprodukte (578 Mill. Ecu einschließlich Erdölprodukte).

<sup>13</sup> Bei Einbeziehung von Erdölprodukten lag diese Zollentlastungsquote bei 2,2 vH. Dieses Ergebnis scheint gegenüber der — mit anderen Berechnungsmethoden und Quellen — von Borrmann u.a. ebenfalls für 1982 errechneten Präferenzmarge von 2,6 vH für alle APS-Waren, d.h. einschließlich Landwirtschaft und Erdölprodukte, plausibel. Vgl. Borrmann, Axel u.a., a.a.O., S. 98.

machen sich die Einstufung der Waren als sensibel bzw. nichtsensibel sowie die unterschiedliche Behandlung der Länder bemerkbar. Bei den Warengruppen, die unbegrenzt zollfrei geliefert werden können, liegt die Zollentlastungsquote häufig nahe am Durchschnittszollsatz für diese Warengruppe. Die Zollentlastungsquote erreicht Werte von 0 bis zu 16 vH.

Um die Veränderung der Wettbewerbssituation der Entwicklungsländer auf dem EG-Markt gegenüber anderen ausländischen Anbietern zu messen, wurden auf der Basis der Kapitel des Gemeinsamen Zolltarifs für den Zeitraum 1979 bis 1982<sup>14</sup> die Wettbewerbskomponenten<sup>15</sup> der Exportentwicklung bestimmt, die sich nach Ausschaltung der Wachstums- und Warenstruktureffekte ergeben. Da für die Länder auch die Wettbewerbskomponenten bei den einzelnen Warengruppen sehr unterschiedlich sind, wurde getestet, ob ein Zusammenhang mit der Höhe der Zollentlastungsquoten besteht. Für alle 11 Hauptlieferländer sowie die Gruppe der restlichen APS-Länder und alle APS-Länder zusammen ergeben sich indes nur so kleine Bestimmtheitsmaße, daß kein Zusammenhang zwischen diesen beiden Größen konstatiert werden kann. Einzig für Südkorea und Singapur sind die Werte bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 vH signifikant.

Dies muß nicht heißen, daß die Zollpräferenzierung der EG für die Entwicklungsländer ohne Bedeutung war. Jedoch ist der dadurch erzielte Preisvorteil offenbar so gering, daß er für die Wettbewerbsfähigkeit generell nicht ausschlaggebend war. Dafür spricht auch, daß einige Länder bei einigen Produkten ein Vielfaches der zollbefreiten Mengen zu normalen Zöllen liefern<sup>16</sup>.

### Ausblick

Obwohl die EG den Entwicklungsländern im Rahmen ihres Präferenzsystems ein — im Verhältnis zu den anderen Industrieländern — besonders großzügiges Angebot macht, haben sich in den Jahren seines Bestehens Unzulänglichkeiten gezeigt, die in der Reform 1981 nur z.T. behoben worden sind.

Die wohl gravierendste ist die — wechselnde — Einstufung von Gütern als sensibel:

- Sie ist für die Entwicklungsländer nicht voraussehbar.
- Sie erfordert zur Überwachung einzelner Kontingente oder Plafonds einen hohen Verwaltungsaufwand.
- Bei der schematischen Aufteilung der Kontingente auf die EG-Länder wird den tatsächlichen Handelsströmen nicht Rechnung getragen.

Es wurde daher an dieser Stelle schon früher vorgeschlagen<sup>17</sup>, ähnlich der amerikanischen „competitive need provision“ die am weitesten fortgeschrittenen Entwicklungsländer mit denjenigen Produkten ganz von der Präferenzierung auszunehmen, bei denen sie ihre

Wettbewerbsfähigkeit bewiesen haben. Gegenüber den übrigen Ländern sollte damit das Motiv für die Begrenzung der Zollfreiheit entfallen.

Die Kommission der EG hat bei ihrer Reform des Schemas der Allgemeinen Präferenzen 1981 einen Schritt in diese Richtung gemacht, indem sie die Kontingente individuell für einzelne Lieferländer festgelegt hat. In ihren Überlegungen für die Revision des Schemas im vergangenen Jahr<sup>18</sup> ging sie auf diesem Weg der Differenzierung noch weiter und schlug vor, Ländern mit relativ hohem Pro-Kopf-Einkommen bei denjenigen Produkten die Präferenzierung zu entziehen, bei denen sie nicht mehr nötig erscheint. Als Kriterien für den Grad an Wettbewerbsfähigkeit, bei dem eine Präferenzierung überflüssig wird, nennt sie entweder einen Anteil von 20 vH an der EG-Einfuhr der betreffenden Erzeugnisse aus Drittländern oder das Überschreiten eines APS-Kontingentes (Durchschnitt der letzten zwei Jahre) um mindestens das Zehnfache. Ausdrücklich fordert sie dann auch, diesen Schritt dadurch zu kompensieren, daß den übrigen Entwicklungsländern bessere Chancen gewährt werden und z.B. einige Produkte dann nicht mehr als sensibel eingestuft werden sollten.

Der Ministerrat der EG hat sich diesen Überlegungen nicht ganz verschlossen. Im Präferenzsystem für 1986 wurden einige besonders wettbewerbsfähige Entwicklungsländer zwar noch nicht bei einzelnen Produkten von der Präferenzierung ausgeschlossen, aber einige ihrer

<sup>14</sup> Benutzt wurde die Importstatistik der EG nach der 6-stelligen Warensystematik des Gemeinsamen Zolltarifs (GZT 6). Aus den Kapiteln 25 bis 99 wurden alle diejenigen Warenpositionen ausgeschlossen, deren Zollsatz gleich 0 ist und die nicht vom APS erfaßt werden sowie mineralische Brennstoffe (Kapitel 27), um die Sonderbewegungen bei Erdölprodukten auszuklammern. Die Kapitel des GZT sind identisch mit den 2-stelligen APS-Warengruppen.

<sup>15</sup> Zur Methode der Constant Market Share Analyse vgl. Henker, Klaus: Quantifizierung von Wettbewerbs- und Struktureffekten in der Exportentwicklung ausgewählter Industrienationen 1954 bis 1967. Beiträge zur Strukturforchung, Heft 15/1971; im Hinblick auf die Entwicklung von Importen aus Entwicklungsländern vgl. Wolter, Frank: Adjusting to Imports from Developing Countries, in: Giersch, Herbert (Hrsg.): Reshaping the World Economic Order, Tübingen 1977; Möbius, Uta und Schultz, Siegfried: Handelspolitik ..., a.a.O., S. 85 ff. Bei Warengruppen, bei denen die Liefermengen der Entwicklungsländer im Verhältnis zu den Gesamtimporten der EG relativ klein sind und stark schwanken, kann die Wettbewerbskomponente bizarre Größenordnungen erreichen. Warengruppen mit Wettbewerbskomponenten von mehr als  $\pm 100$  vH vom Zuwachs wurden ausgeschlossen.

<sup>16</sup> Vgl. z.B. Angaben für die lateinamerikanischen Länder in Möbius, Uta: Einfuhr von Industrieprodukten aus Übersee unter besonderer Berücksichtigung Lateinamerikas, AMK, Berlin 1984.

<sup>17</sup> Vgl. Möbius, Uta und Petersen, Hans J.: Einfuhr von Industrieprodukten aus Übersee unter besonderer Berücksichtigung der Beziehungen zu den AKP-Staaten, AMK, Berlin 1982, S. 9.

<sup>18</sup> Kommission der EG, Mitteilung der Kommission an den Rat, Revision des Schemas der Allgemeinen Zollpräferenzen der Gemeinschaft, Kom (85) 203 endg., S. 9 ff.



Kontingente wurden halbiert<sup>19</sup>. Es fehlt jedoch der entsprechende Schritt im Bereich der Liberalisierung: Bisher ist nicht erkennbar, daß das APS dadurch für die übrigen Entwicklungsländer offener geworden ist. Wenn dieser von der Kommission vorgeschlagene Weg konsequenter verfolgt würde, ließe sich damit das System für die anderen Entwicklungsländer endlich vereinfachen, indem man es von den eingebauten Restriktionen befreit. Auch im internationalen Kontext ließe sich dies gut vertreten — obwohl sich die wettbewerbsfähigsten Entwicklungsländer gegen eine derartige Differenzierung wehren —, wenn die EG anbieten würde, als Kompensation und zur Aufrechterhaltung des quantitativen Gehalts ihres Systems für die anderen Entwicklungsländer die Begrenzungen zumindest schrittweise aufzuheben. Die uneinge-

schränkte Zollfreiheit für Industrieprodukte aus den weniger wettbewerbsstarken Entwicklungsländern sollte für die EG kein unlösbares Problem sein. Für die wettbewerbsstärkeren Entwicklungsländer bringt ein Fortfall der Zollpräferenzen nur sehr geringe Nachteile. Gegenüber diesen Ländern kommt es in erster Linie darauf an, zu Fortschritten beim Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse zu gelangen. Eine Gelegenheit dazu bieten die anstehenden Verhandlungen über das Multifaserabkommen, das Mitte dieses Jahres ausläuft.

---

<sup>19</sup> Für Hongkong bei 13, Südkorea bei 11, Singapur bei 3 und für Brasilien bei 2 Warenpositionen. Vgl. ABL der EG, Serie L, No 352/1985.

## Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Erscheinen zur Zeit im 54. Jahrgang. Format DIN A 4.

### Heft 1/1985. 134 S. DM 66,—

Subventionen in den USA — Versuch einer Quantifizierung und eines Vergleichs mit der Bundesrepublik Deutschland. Von *Frank Stille*.

Bestimmungsgründe der längerfristigen Insolvenzentwicklung und ihre Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Von *Bernd Görzig*.

Die Konsummatrizen des DIW — Konzept und Ergebnisse. Von *Jochen Schmidt*.

Berufsbildung und Arbeitsbeschaffungsprogramme in ausgewählten EG-Ländern. Von *Bernhard Seidel* und *Joachim Volz*.

Zum Stand der Wirtschaftsreformen in China: Erfolge auf dem Lande — Neubeginn in den Städten. Von *Ernst Hagemann*.

Zur Fleischproduktion in den RGW-Ländern. Von *Maria Lodahl*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

### Heft 2/1985 108 S. DM 54,—

DIW-Symposion: Wirtschaftsreformen in Osteuropa — Effizienzsteigerung oder Sackgasse?

Leistungsschwäche und außenwirtschaftliche Belastungen der RGW-Volkswirtschaften. Von *Heinrich Machowski*.

Stagnierender Lebensstandard in Osteuropa. Von *Maria Elisabeth Ruban*.

Wirtschaftsreformen in der UdSSR: Wege zur Effizienzsteigerung oder Sackgasse? Von *Hans-Hermann Höhmann*.

Wirtschaftsreformen in Ungarn: Effizienzsteigerung oder Sackgasse? Von *Jochen Bethkenhagen*.

Wirtschaftsentwicklung und Reform in Bulgarien. Von *Gerhard Fink* und *Ilse Grosser*.

Ist die Schattenwirtschaft ein Reformansatz? Das Verhältnis der Wirtschaftsreformen in Osteuropa zur Schattenwirtschaft. Von *Friedrich Haffner*.

Wirtschaftsreformen in der UdSSR aus soziologischer Sicht. Von *Wolfgang Teckenberg*.

Wirtschaftsreformen in Osteuropa als Gegenstand der Wirtschaftstheorie. Von *Kazimierz Laski*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

### Heft 3/1985 128 S. DM 64,—

Zur Erhebungstechnischen Anlage von wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Panelerhebungen. Von *Ute Hanefeld*.

Die disaggregierte Behandlung der Einkommensverteilung als Submodell der DIW-Version des ökonomischen Konjunkturmodells der Wirtschaftsforschungsinstitute. Von *Rudolf Ziener*.

Das ökonomische Konjunkturmodell der Wirtschaftsforschungsinstitute (Version 1984.4). Von der *Arbeitsgruppe „Ökonomisches Modell“*.

Die Einkommenslage der Familien in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1981. Von *Klaus-Dietrich Bedau*.

Bedeutung der Verkehrsstruktur für den Produktionsprozess. Von *Jürgen Blazejczak* und *Ulrich Voigt*.

Die Stahlindustrie in der Europäischen Gemeinschaft. Von *Eberhard Wettig*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

---

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (030) 82 99 10 — Telefax (030) 82 99 12 00

BTX-Systemnummer - 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,  
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Reinhard Pohl, Peter Ring (kommissarisch), Prof. Dr. Werner Rothengatter, Dr. Horst Seidler, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

*Innerdeutscher Handel: Kontinuität erforderlich.* Bearbeitet von Horst Lambrecht. —

*Wie wirksam sind die Allgemeinen Zollpräferenzen der EG für Industrieprodukte?* Bearbeitet von Uta Möbius.

Verlag: Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: Zippel-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 110,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten.